

NIEDERSCHRIFT

über die **58.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **12.02.2020**
Ort der Sitzung: NE, Zentrum, Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:36 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Heiner Cölln
anwesend bis 17:12 Uhr als Gast, anschließend als Vertretung für Herrn Dr. Klose
anwesend bis 17:12 Uhr
4. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
Vertretung für Herrn Wappenschmidt
5. Herr Bertram Graf von Nesselrode
6. Herr Franz-Josef Radmacher
7. Herr Dr. Dieter Welsink
8. Herr Johann Andreas Werhahn
9. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

10. Herr Udo Bartsch
11. Herr Horst Fischer
12. Herr Dieter Jüngerkes
13. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

14. Herr Erhard Demmer
15. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **FDP-Fraktion**

16. Herr Dirk Rosellen

• **Die Linke**

17. Herr Oliver Schulz

• **Fraktion UWG/Freie Wähler Rhein-Kreis Neuss - Die Aktive**

18. Herr Carsten Thiel

• **Gäste**

19. Herr Wilfried Jacobs anwesend zu nö Top 3

• **Verwaltung**

20. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
21. Frau Janine Conrads
22. Herr Dezernent Ingolf Graul
23. Herr Elmar Hennecke
24. Herr Benjamin Josephs
25. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
26. Herr Dezernent Harald Vieten

• **Schriftführerin**

27. Frau Annika Geppert

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Vereidigung des stellvertretenden Mitgliedes des Kreisausschusses Heiner Cöllen und Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten.....	5
3.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	6
4.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
5.	Regionalarbeit Stand: Januar/Februar 2020 Vorlage: 61/3748/XVI/2020	6
6.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: Januar/Februar 2020 Vorlage: 61/3751/XVI/2020	6
7.	Wirtschaft- und Beschäftigungsförderung (Stand Februar 2020) Vorlage: ZS5/3752/XVI/2020.....	7
8.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/3778/XVI/2020	7
9.	Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: KI/3779/XVI/2020.....	7
10.	Jahresbericht der Kreisverwaltung zur IT-Sicherheit Vorlage: VI/3745/XVI/2020.....	7
11.	Gewährung von Arbeitgeberdarlehen Vorlage: 20/3777/XVI/2020	8
12.	Anträge.....	8
12.1.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2020 zum Thema: "Das Rheinische Revier zur ersten klimaneutralen Kohleregion Europas machen" Vorlage: 010/3776/XVI/2020.....	8
12.1.1.	Antrag zur Geschäftsordnung "Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt"	9
12.2.	Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wählergemeinschaft RKN/ Die Aktive vom 10.02.2020 zum Thema "Verbot zur Landung für Air China in Düsseldorf"	10
13.	Mitteilungen	11
14.	Anfragen	12
14.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wähler RKN/ Die Aktive vom 02.02.2020 zum Thema "Konverteranlage in Meerbusch-Osterath" Vorlage: 010/3780/XVI/2020.....	12
14.2.	Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wählergemeinschaft RKN/ Die Aktive vom 03.02.2020 zum Thema "Illegale Autorennen in der Neusser Innenstadt" Vorlage: 010/3789/XVI/2020.....	13

- 14.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.02.2020 zum Thema "Sachstand zur Machbarkeitsstudie zur RB39/S-Bahn" Vorlage: 010/3783/XVI/2020 13
- 14.4. Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema "Waffenbesitz" Vorlage: 010/3792/XVI/2020 14
- 14.5. Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema "Internetversorgung am BTI Neuss" Vorlage: 010/3791/XVI/2020..... 15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu Top 6 Ö „Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: Januar/Februar 2020“	- Vorlage der Verwaltung ☒
Zu Top 8 Ö „Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften“	- aktuelle Zahlen ☒
Zu Top 12 Ö „Anträge“	12.2 Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion UWG/Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Die Aktive vom 10.02.2020 zum Thema "Verbot zur Landung für Air China in Düsseldorf" ☒

Zu Top 14 Ö „Anfragen“	14.1 Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Die Aktive vom 02.02.2020 zum Thema „Kon- verteranlage in Meerbusch-Osterath“ -Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> 14.2 Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wählergemeinschaft RKN/ Die Aktive vom 03.02.2020 zum Thema "Illegale Autorennen in der Neusser Innenstadt" <input checked="" type="checkbox"/> 14.3 Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.02.2020 zum Thema „Sachstand zur Machbarkeitsstudie zur RB39/S-Bahn“ -Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> 14.4 Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema "Waffenbesitz" <input checked="" type="checkbox"/> 14.5 Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema „Internetversor- gung am BTI Neuss“ -Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/>
---------------------------	---

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Vereidigung des stellvertretenden Mitgliedes des Kreisausschusses Heiner Cölln und Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten

Protokoll:

Nach § 62 KrO sind die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kreisausschusses zu Ehrenbeamten zu ernennen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die besondere Bedeutung der Kreisausschussmitglieder als Ehrenbeamte hin.

Er vereidigte den anwesenden stellvertretenden Kreistagsabgeordneten Heiner Cölln als Kreisausschussmitglied durch Vorlesen folgender Verpflichtungsformel, die von dem stellvertretenden Kreistagsabgeordneten Heiner Cölln nachgesprochen wurde:

„Ich schwöre, dass ich mit das übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Anschließend händigte ihm Landrat Hans-Jürgen Petrauschke die Ernennungsurkunde aus.

3. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse**Protokoll:**

Es lagen keine Beschlüsse von Ausschüssen zur Bestätigung vor.

4. Kenntnisnahme von Niederschriften**Protokoll:**

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

5. Regionalarbeit**Stand: Januar/Februar 2020****Vorlage: 61/3748/XVI/2020****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass laut der Vorlage, der Rhein-Kreis Neuss an dem Workshop zur äußeren Gestaltung des Konverters am 19.02.2020 teilnehmen werde. Er fragte, ob der Kreis bereits einen konkreten Vorschlag zur Gestaltung habe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass der Termin von Amprion durchgeführt werde und der Rhein-Kreis Neuss an dem Termin teilnehme, um sich über das dort vorgetragene zu informieren.

KA/20200212/Ö5**Beschluss:**

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft**Stand: Januar/Februar 2020****Vorlage: 61/3751/XVI/2020****KA/20200212/Ö6****Beschluss:**

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

7. Wirtschaft- und Beschäftigungsförderung (Stand Februar 2020)
Vorlage: ZS5/3752/XVI/2020

KA/20200212/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: Februar 2020) zur Kenntnis.

8. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/3778/XVI/2020

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die dauerhafte Höhe der Erstattung des Bundes noch nicht absehbar sei. Für den Fall, dass die Erstattung die 50-Prozenthürde übersteige, müsse der Rhein-Kreis Neuss nachzahlen. Dies und weitere Korrekturen würden in den Vorschlag der Verwaltung zur Fortschreibung der Finanzplanung in der Kreistagsitzung am 25.03.2020 mit einfließen.

KA/20200212/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

9. Bericht zur Flüchtlingssituation
Vorlage: KI/3779/XVI/2020

KA/20200212/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Jahresbericht der Kreisverwaltung zur IT-Sicherheit
Vorlage: VI/3745/XVI/2020

KA/20200212/Ö10

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Gewährung von Arbeitgeberdarlehen

Vorlage: 20/3777/XVI/2020

KA/20200212/Ö11

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Aufstellung der 2019 bewilligten Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen zur Kenntnis.

12. Anträge

12.1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2020 zum Thema: "Das Rheinische Revier zur ersten klimaneutralen Kohleregion Europas machen"

Vorlage: 010/3776/XVI/2020

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink wies darauf hin, dass dieses Thema sowohl in der vergangenen Sitzung des Ältestenrates, als auch in der letzten Kreistagssitzung ausreichend tief beraten worden sei. Der Antrag wiederhole diese Diskussion lediglich. Die Forderungen des Antrages könnten vom Kreis nicht gesteuert oder beeinflusst werden, sodass eine erneute Diskussion nicht zielführend sei.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel führte aus, dass die Region bereits auf dem Weg sei, eine Co2-neutrale Kohleregion zu werden. Das Ziel des Antrages sei nicht hinreichend konkretisiert. Der Strukturwandel sollte in den nächsten Jahren die Hauptaufgabe der Region sein. Dafür müsse zuerst die Energiefrage beantwortet werden, auf welche Energieform nach dem Kohleausstieg umgestiegen werde. Im Hinblick auf diese Herausforderung, sollte ein anderes Signal gesendet werden. Der Antrag beinhalte zu wenig Substanz. Er schlage vor, dass der Antrag als Diskussionsbeitrag an die ZRR verwiesen und nicht dem Kreistag zu Eigen gemacht werde.

Landrat Hans-Jürgen Petraschke merkte an, dass der Absatz des Antrages „Dabei ist für uns aber auch klar: Jede Maßnahme, jedes Projekt, jedes Engagement, das wir jetzt anstoßen, fördern und unterstützen, darf nicht zu neuen Co2-Emissionen hier oder anderswo führen.“ schädlich für jede wirtschaftliche Entwicklung, auch den Umstieg auf erneuerbare Energien, sei. Demnach dürften keine Solaranlagen oder Windkraftanlagen mehr aufgestellt werden.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen erklärte, dass er ebenfalls eine Wiederholung der Diskussion zum letzten Ältestenrat und Kreistag sehe. Im Kreistag am 18.12.2019 sei ein mehrheitlicher Beschluss zu dem Thema gefasst worden. Im Antrag sei von einer „historischen Verantwortung für die globale Menschheitsbedrohung im 21. Jahrhundert“ die Rede. Dieser Ausdruck sei nur schwer mit der dem Ausstieg der Braunkohle zu verbinden. Durch die Braunkohle sei unsere Region zur Energieregion und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen worden. Er halte es nicht für zielführend, fortlaufend neue Beschlüsse oder Aufrufe zu fassen bzw. zu beschließen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer meinte, dass die Reaktion der Fraktionen enttäuschend sei. Das Ziel zur Klimaneutralität habe der Kreistag bisher noch nicht beschlossen. Der Antrag müsse im Gesamten betrachtet und nicht einzelne Sätze auseinandergerissen werden. Es sei der leichtere Weg nicht darüber zu sprechen, es sei jedoch ein essenzielles Thema und müsse ein Maßstab für die Beurteilung neuer Projekte werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass im mehrheitlich beschlossenen Strategiepapier des Kreistages vom 18.12.2020 die Klimaneutralität bis 2050 bereits enthalten sei.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erklärte, dass die Region mit dem Kohleausstieg bereits einen enormen Beitrag zum Klimaschutz leiste, der ebenfalls wirtschaftliche Einschnitte mit sich bringe. Er sehe deswegen erstmal weiteren Handlungsbedarf in anderen Regionen, die ihren Beitrag zum Klimaschutz erst noch leisten müssten.

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose hob hervor, dass erst weitere Maßnahmen ergriffen werden könnten, wenn die Energiefrage gelöst und ausreichend Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden könne. Auf die Lösung des Problems sollte sich fokussiert werden. Der Kreistag wäre gut beraten, wenn er in seinen Vorkehrungen bis dahin flexibel bleibe.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink verdeutlichte, dass das Thema „Klimaschutz“ bereits ausreichend behandelt worden sein. Es müsse zielorientiert und auf Grundlage konkreter Vorschläge agiert werden.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann erklärte, dass er einen Geschäftsordnungsantrag zum Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt stelle.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss des Rhein-Kreises Neuss begrüßt die Initiative, das Rheinische Revier zur ersten klimaneutralen Kohleregion Europas machen.

Er fordert die vom Kreistag in die regionalen Gremien des Rheinischen Reviers entsandten Abgeordneten und Vertretungen der Verwaltung auf, diese Initiative aktiv zu unterstützen und beschließt folgenden Aufruf.

12.1.1. Antrag zur Geschäftsordnung "Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt"

KA/20200212/Ö12.1.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt zum nächsten Tagesordnungspunkt überzugehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

14 Ja-Stimmen (7 CDU, 4 SPD, FDP, UWG/Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Die Aktive, LR)

3 Nein-Stimmen (Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen)

12.2. Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wählergemeinschaft RKN/ Die Aktive vom 10.02.2020 zum Thema "Verbot zur Landung für Air China in Düsseldorf"

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag und fügte hinzu, dass diese Regelung nicht nur Air China, sondern auch andere betroffene Fluglinien betreffen sollte.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass er ein Telefonat mit dem Chef des Flughafens Düsseldorf geführt habe. Neben den Direktflügen der Air China, würden auch Emirates und Etihad die Destination anfliegen. Für ihn stelle sich die Frage, welche Wirkung mit dem Antrag erzielt werden solle. Es könne nicht gänzlich verhindert werden, dass Menschen mit Infektionen einreisen. Derzeit arbeite die europäische Gemeinschaft an einer Vereinheitlichung des Schnelltestverfahrens bei der Einreise. Am Flughafen in Düsseldorf gebe es, wie an den anderen internationalen Flughäfen, Quarantänebereiche.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erklärte, dass nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte bei den Verboten betrachtet werden könnten, sondern ein Kompromiss gefunden werden müsse. Die Einreisenden könnten beispielsweise zwei Wochen in Quarantäne untergebracht werden, bis die Inkubationszeit abgelaufen sei.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel meinte, dass der Antrag nicht zustimmungswürdig und populistisch sei. Die Sorge vor dem Coronavirus sei berechtigt, jedoch nicht der Umgang damit. Zum richtigen Umgang mit dem Thema sollten sich die Flughäfen an anderen internationalen Flughäfen orientieren. Aber sicherlich wäre eine Abschottung zum Schutz der Bevölkerung des Rhein-Kreises Neuss nicht der richtige Weg. Das Thema sei so komplex, dass allein ein Landeverbot nicht weiterhelfe. Das Problem sei bestehend, jedoch dürfe nicht eine Art „Schutzrassismus“ entstehen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel betonte, dass mit dem Antrag keine Panik geschürt werden solle. Jedoch seien bereits viele internationale Großveranstaltungen aufgrund des Coronavirus abgesagt worden. Die Lufthansa und ihre Töchter würden bereits China temporär nicht anfliegen. Die chinesische Wirtschaft sei ein wichtiger Markt und müsse dies auch weiterhin bleiben. Deswegen müssten Maßnahmen zur Vorsorge zur Eindämmung des Virus getroffen werden.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen gab zu bedenken, dass der Flughafen Düsseldorf nicht im Kreisgebiet liege und fragte, ob ein Flugverbot nicht ebenfalls für den Flughafen Köln/Bonn verhängt werden müsse. Nach der Weltgesundheitsorganisation seien Reisebeschränkungen aufgrund des Coronavirus aktuell nicht erforderlich. In der Vergangenheit habe es wesentlich schwerere Infektionen gegeben, das Coronavirus stehe nur derzeit im Fokus der Öffentlichkeit. Er appellierte, bei aller Vorsicht nicht in Panik zu verfallen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink erläuterte, dass weder das Ausmaß, noch die Folgen von hier aus einschätzbar seien. Das Vertrauen zur Einschätzung der Situation müsse in die Gesundheitsbehörden gelegt werden. Er sehe an der Stelle keinen Anlass für eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag, da die Behörden ihren Job gut machen würden.

Kreistagsabgeordneter Oliver Schulz regte an, dass im Sozial- und Gesundheitsausschuss über verfügbare Maßnahmen berichtet werden könne. Der Kreis habe keinen Einfluss auf den Düsseldorfer Flughafen. Zudem empfehle er der deutschlandweiten Strategie zu folgen.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich fügte hinzu, dass in Bezug auf den Coronavirus und die Grippewelle die Bevölkerung zur Handdesinfektion nochmals aufgefordert werden könne. Durch die globale Vernetzung, sei ein Schutz der Bevölkerung schwer zu erreichen.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke fragte, ob der Antragsteller, angesichts der geführten Diskussion, den Antrag in den Sozial- und Gesundheitsausschuss verweisen wolle.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erklärte, dass der Antrag dennoch zur Abstimmung gestellt werden solle.

KA/20200212/Ö12.2

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung nimmt umgehend Kontakt zur Landesregierung auf, um durchzusetzen, dass Air China, solange das Coronavirus aktiv ist, nicht mehr in Düsseldorf landen darf.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme (UWG/Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Die Aktive)
16 Nein-Stimmen (7 CDU, 4 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, LR)

13. Mitteilungen

Protokoll:

Kreiskämmerer Ingolf Graul berichtete, das im nächsten Finanzausschuss und Kreistag über die Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung beraten und die für das Jahr 2020 erforderlichen Umlagedaten festgelegt und ermittelt würden. Derzeit zeichne sich ein geringerer Umlagesatz ab, als die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinde in ihrer Stellungnahme gefordert hatten.

14. Anfragen

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch fragte, wie der Sachstand zur Gründung der Service- und Koordinierungsgesellschaft „preiswertes Wohnen“ sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass derzeit jemand gesucht werde, der bezahlbar die Gesellschaft managen würde.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel fragte, ob die beschlossene Kostendeckelung zum Neubau des Archivs in Zons eingehalten werden könne.

Kreisdezernent Harald Vieten bestätigte, dass nach derzeitigem Stand die Kostendeckelung eingehalten werden könne.

14.1. Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wähler RKN/ Die Aktive vom 02.02.2020 zum Thema "Konverteranlage in Meerbusch-Osterrath"

Vorlage: 010/3780/XVI/2020

Protokoll:

Kreisdezernent Karsten Mankowsky erläuterte, dass eine positive Beantwortung der Fragen für eine Genehmigungserteilung erforderlich sei. Die Untere Immissionsschutzbehörde des Rhein-Kreises Neuss arbeite derzeit an der Beantwortung der Fragen. Dafür müsse sich jedoch auch anderer Fachbehörden bedienen. Im Falle einer negativen Beantwortung, könne der Antragsteller einen Antrag vor Gericht stellen, um die Genehmigung durchzusetzen. Die Fragen würden im weiteren Verfahren weiter substantiiert werden.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel bat darum, die Beantwortung der Fragen den Kreistagsabgeordneten anschließend zur Verfügung zu stellen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkt an, dass der Antragsteller keine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung möchte. Eine Weitergabe der Antworten müsse erst geprüft werden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel meinte, dass die Anfrage deutlich zeige, wie ungeeignet der Konverterstandort sei. Die Dreiecksfläche wäre die bessere Alternative gewesen, dann müssten einige Diskussionen nicht geführt werden.

**14.2. Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wählergemeinschaft RKN/
Die Aktive vom 03.02.2020 zum Thema "Illegale Autorennen in der
Neusser Innenstadt"****Vorlage: 010/3789/XVI/2020****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erklärte, dass immer noch pausenlos in der Neusser Innenstadt Autorennen stattfinden würden. Es wäre ein Skandal, dass bisher nichts dagegen unternommen worden sei, obwohl der Polizei ein Beweisvideo vorliege.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass die Polizei das Video ausgewertet habe und die Anfrage zuständigkeithalber im Polizeibeirat behandelt werde.

**14.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.02.2020 zum Thema
"Sachstand zur Machbarkeitsstudie zur RB39/S-Bahn"****Vorlage: 010/3783/XVI/2020****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass am 31.03.2020 der Nahverkehr Rheinland und der Verkehrsbund Rhein-Ruhr als Infrastrukturförderer zu einem Auftaktgespräch zum Projekt „S-Bahn Rheinisches Revier“ mit den Landräten des Rhein-Erft Kreises, Kreis Düren und Rhein-Kreises Neuss eingeladen hätten. Dort werde das weitere Vorgehen besprochen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel führte aus, dass die SPD-Kreistagsfraktion seit Jahrzehnten versuche eine S-Bahnverbindung zu schaffen. Der Landrat habe dies bisher verhindert. Er begrüße, dass nun die CDU-Kreistagsfraktion dieses Thema unterstütze und ein gemeinsamer Konsens zur Machbarkeitsstudie gefunden werden konnte. Es hätten allerdings mehr Initiativen ergriffen werden müssen, auch seitens des Knotenpunktvorsitzenden für Infrastruktur und Mobilität, damit das Projekt in das Strukturfördergesetz aufgenommen werde. Im Rhein-Kreis Neuss sei kein Fortschritt in Richtung Machbarkeitsstudie dokumentiert worden. Die Fraktion erwarte, dass nun endlich entsprechende Handlungen erfolgen, damit die Region in ihrer Infrastruktur besser aufgestellt werde. Die Beantwortung der Anfrage sei nicht zufriedenstellend.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass der Sachverhalt von der SPD-Kreistagsfraktion zum wiederholten Mal falsch dargestellt werde. Er habe sich in Person immer für eine S-Bahnverbindung eingesetzt. Jedoch hätten bisherige Entscheidungen des Landes noch unter rot-grüner Regierung ergeben, dass die Einrichtung einer S-Bahnverbindung nicht wirtschaftlich gewesen wäre. Der erneute Anstoß zu einer neuen Machbarkeitsstudie sei durch Herrn Cöllen durch die Idee der Verlängerung der Strecke nach Aachen voran gebracht worden, da er eine Möglichkeit zur Wirtschaftlichkeit der Strecke durch die Einbeziehung des Güterverkehrs gesehen habe. Durch die Machbarkeitsstudie müsse erst die Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Strecke geprüft werden.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erläuterte, dass der Kreistag am 27.03.2019 gemeinsam beschlossen habe, dieses Thema nach vorne zu bringen. Er halte es für wichtig, dass die Bürgermeister und Entscheidungsträger in diesen Prozess mit eingebunden würden. Deswegen würde seine Fraktion auch dem Vorschlag von Bürgermeister Krützen folgen und die Erweiterung der Beratungsrunde unterstützen. Besonders der Güterverkehr müsse bei der Überprüfung mit betrachtet werden.

Kreistagsabgeordneter Heiner Cöllen hob hervor, dass die Mitbetrachtung des Güterverkehrs vor einem Jahr bereits ausdrücklich als Aspekt mit aufgenommen worden sei. Dadurch bestünde eine Möglichkeit zur Entlastung des Eisernen Rheins. Er teilte mit, dass er heute vom VRR über die Einigkeit der beiden Verkehrsverbände zur Kostenteilung der Machbarkeitsstudie informiert worden sei.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink betonte, dass die Machbarkeitsstudie erst durchgeführt werden müsse, um festzustellen, ob die Einrichtung der S-Bahnstrecke wirtschaftlich sei. Bis dahin könne nicht gesagt werden, ob die S-Bahnlinie eingerichtet werde. Er danke Heiner Cöllen dafür, dass er Tempo in dieses Thema reinbringe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass er bereits in den 90er-Jahren eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben habe, die leider nicht auf fruchtbaren Boden gestoßen sei.

Kreisdirektor Dirk Brügge erläuterte, dass die S-Bahnlinie als eine Beispiellinie in das ZRR-Strategiepapier aufgenommen worden sei. Nach der Verkehrsuntersuchung könne das Projekt möglicherweise auch in das Bundesgesetzgebungsverfahren mit einfließen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass die SPD-Kreistagsfraktion im letzten Jahr durch ihren Antrag die Machbarkeitsstudie angeregt habe. Die Erftbahn sei im Strukturförderungsgesetz enthalten und Ende nur in Bedburg, weil der Landrat eine Weiterführung der Strecke in den Rhein-Kreis Neuss nicht gewollt habe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke hob hervor, dass nicht er als Landrat eine Verlängerung der Strecke nicht gewollt habe, sondern die Analyse die fehlende Wirtschaftlichkeit der Strecke bestätigt habe. Er habe sich mehrfach für eine Überprüfung der Analyse eingesetzt. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass beispielsweise die Batteriezellenfabrik nicht nach Grevenbroich komme, da die Stadt Grevenbroich keine Fläche des LEP-Gebietes zur Ansiedlung von Unternehmen angekauft habe.

14.4. Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema "Waffenbesitz"

Vorlage: 010/3792/XVI/2020

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Anfrage zuständigkeitshalber im Polizeibeirat behandelt werde.

**14.5. Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema
"Internetversorgung am BTI Neuss"**

Vorlage: 010/3791/XVI/2020

Protokoll:

In der Vorlage stünde, dass keine Kurse ausgefallen seien, so Kreistagsabgeordneter Oliver Schulz. Die Anregung zur Anfrage sei allerdings von Schülern gekommen, die über den Unterrichtsausfall berichtet hätten.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass eine Fachlehrkraft länger erkrankt gewesen sei und deswegen Ausfallzeiten entstanden sein könnten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:23 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Conrads
Schriftführung

RB 38 – Historie

Datum	
1995	Untersuchung des Streckenabschnittes 441N (neu: 481(Frimmersdorf – Grevenbroich – Neuss (-Düsseldorf) durch den Regionalarbeitskreis (Planungs- und Wirtschaftsdezernent Kreis Neuss/ Hans-Jürgen Petrauschke)
1997	Untersuchungen zur Regionalbahnlinie 81 (neu: RB38)Düsseldorf – Neuss – Bedburg (-Horrem) Auftraggeber: VRR
2005	Integrierte Gesamtverkehrsplan NRW – Bewertung Einzelvorhaben – Umwandlung einer RB in eine S-Bahn-Strecke Düsseldorf Hbf – Kerpen, Horrem Das Vorhaben wurde aus Kostengründen von der Landesregierung abgelehnt.
2012	Ergebnisbericht. Machbarkeitsstudie Ausbau der Erftbahn RB38 im Rhein-Erftkreis zu einer vollwertigen S-Bahn Auftraggeber: Nahverkehr Rheinland Der VRR lehnt eine Verlängerung der S-Bahn in Richtung Grevenbroich in diesem Verfahren aus finanziellen Gründen ab.
2015	Kreistagsbeschluss (KT/006/2015) Machbarkeitsstudie zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss Der Rhein-Kreis Neuss favorisiert eine Untersuchung der gesamten Verkehrssituation durch den VRR
2015	Der Rhein-Kreis Neuss meldet den Ausbau der RB38 im Kreisgebiet zu einer S-Bahn für den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes
2016	Machbarkeitsstudie S-Bahn Köln – Puhlheim – Mönchengladbach Auftraggeber: Nahverkehr Rheinland
2019	Kreistagsbeschluss KT/ 20190327/ Ö13.2 Die Kreisverwaltung wird gebeten, die beantragte Machbarkeitsstudie zur Umwandlung der Linien RB38 zu einer durchgehenden S-Bahnlinie auf der Strecke Düsseldorf-Neuss-Grevenbroich-Bedburg um eine S-Bahnstrecke Bedburg-Jülich-Aachen zu erweitern. Auch die Möglichkeit der Nutzung für den Güterverkehr soll mit untersucht werden.
2020	Machbarkeitsstudie zu Linien durch das Rheinische Revier (optionaler Linienverlauf Düsseldorf – Grevenbroich – Bedburg – Jülich – Aachen – Köln) Auftraggeber: VRR (für die Strecke Bedburg – Gevenbroich – Neuss – Düsseldorf), und Nahverkehr Rheinland (für den Abschnitt Bedburg – Jülich – Aachen) Finanzierung aus Strukturmitteln geplant

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 61/3815/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand:
Januar/Februar 2020**

Anlagen:

PPP Fördersystematik
Scan_2020-02-11 12-05-58



Geplante Fördersystematik und zukünftiges Projektauswahlverfahren

Alexandra Landsberg
Düsseldorf, 07.02.2020

Vorbereitung der Projektförderung aus dem Strukturstärkungsgesetz

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



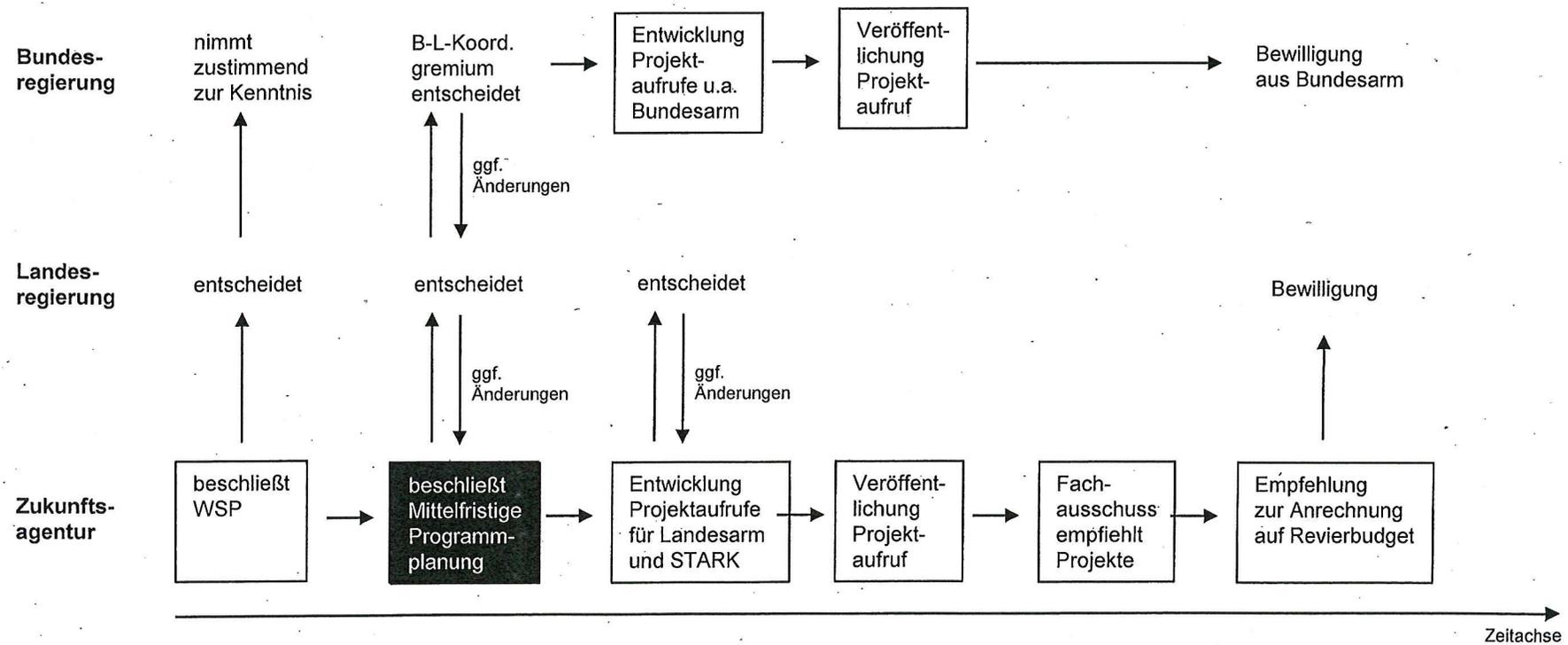
- Vorbereitung Projektantragstellung gestartet für „erste Projekte“ aus
 - Anschlussfinanzierung Projekte Sofortprogramm
 - Prioritäre Projekte aus dem Eckpunktebeschluss Strukturstärkungsgesetz
 - Spezifisch benannte Projekte Rheinisches Revier im Strukturstärkungsgesetz
- Juni 2020: Geplanter Start 1. Kommunalen Strukturförderaufruf
- Herbst 2020: Voraussichtlich Beginn des Regelverfahrens

Was muss vorher / parallel passieren?

- Einigung über Bund-Länder-Vertrag
- Einigung über Geschäftsordnung Bund-Länder-Koordinierungsgremium
- Konkretisierung Fördersystematik Landesregierung
- Konkretisierung Budgetzuordnung nach Themen durch die Landesregierung
- Rahmenrichtlinie Landesarm erstellen; Regelung möglicher Eigenanteile
- Erstellung der im Einzelfall erforderlichen Richtlinien, Aufrufe etc.
- Entwicklung einer Mittelfristigen Programmplanung; Einigung mit Bundesregierung

Fördersystematik Strukturstärkungsgesetz im Braunkohlerevier – Mögliche Variante

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Zeitplan Projektauswahlverfahren „Erste Projekte“

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Zeitplan

04.02.2020	Versand des Anschreibens der Zukunftsagentur an die Antragsteller
07.02.2020	Sitzung Aufsichtsrat Zukunftsagentur, Sondertermin
20.03.2020	Fristende, Projektskizzen sind bei der Zukunftsagentur eingegangen
23.03.2020	Versand der Projektskizzen an ETN zur Vorprüfung
26.05.2020	Sitzung des Aufsichtsrats der Zukunftsagentur: Versand der beschlossenen Projektliste an die Stabsstelle
29.05.2020	Bitte an die zuständigen Fachressorts um Mitzeichnung bis 05.06.20
Juni 2020	Ggf. Beschluss in der Staatssekretärskonferenz
Juli 2020?	Votum Geschäftsstelle Bund / Bund-Länder-Koordinierungsgremium
August 2020?	Benachrichtigung Projektantragsteller durch ETN

Bewertung „Erste Projekte“

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Bewertung

Bei der Bewertung soll der erwartete Beitrag des Vorhabens zu den in § 4 Absatz 2 des Entwurfes des Strukturstärkungsgesetzes genannten Kriterien für die zusätzlichen Investitionen zugrunde gelegt werden:

- Schaffung und Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in den Fördergebieten,
- Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts in den Fördergebieten oder
- Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Darüber hinaus werden in die Bewertung die unmittelbare Betroffenheit des Durchführungsortes vom Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie die regionale Ausgewogenheit einfließen.

Überarbeitung des WSP 1.0

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Eckpunkte

- **Frühjahr 2020**
Gemeinsame Stellungnahme der Landesregierung zum WSP 1.0
- **Sommer 2020**
Abschluss öffentliches Konsultations- und Beteiligungsverfahren
(u.a. TÖB, Bürger/-innen)
- **Herbst 2020**
Überarbeitung WSP durch die Zukunftsagentur mit Revierknotenvorsitzenden
und in Abstimmung mit Region und Landesregierung
- **Frühjahr 2021**
Beschluss des WSP 1.1 durch die Gremien der Zukunftsagentur
Prüfung und Freigabe durch die Landesregierung
- **Sommer 2021**
Veröffentlichung WSP 1.1 soll auf Revierkonferenz

Jahresplanung Sachstand 01/2020

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



	Weihnachtsferien (bis 06.01.)			Osterferien (06.04.-18.04.)		Sommerferien (ab 29.06.)	Sommerferien	Sommerferien (bis 11.08.)	Kommunalwahl (13.09.)	Herbstferien (12.10.-24.10.)		Weihnachtsferien (ab 23.12.)
Governance	Reviervvertrag	Reviervvertrag	Reviervvertrag	Reviervvertrag								
	Gesetzgebungsprozess SISIG	Gesetzgebungsprozess SISIG	Gesetzgebungsprozess SISIG	Gesetzgebungsprozess SISIG	Gesetzgebungsprozess SISIG							
	Erstellung Förderrichtlinie	Erstellung Förderrichtlinie	Erstellung Förderrichtlinie	Erstellung Förderrichtlinie	Erstellung Förderrichtlinie	Erstellung Förderrichtlinie						
Wirtschafts- und Strukturprogramm	Stellungnahmen WSP 1.0	Stellungnahmen WSP 1.0	Stellungnahmen WSP 1.0	Stellungnahmen WSP 1.0	Stellungnahmen WSP 1.0	Stellungnahmen WSP 1.0						
	Bürgerbeteiligungsprogramm	Bürgerbeteiligungsprogramm	Bürgerbeteiligungsprogramm	Bürgerbeteiligungsprogramm	Bürgerbeteiligungsprogramm	Bürgerbeteiligungsprogramm						
	Reasortstellungnahme WSP 1.0	Reasortstellungnahme WSP 1.0	Reasortstellungnahme WSP 1.0				Erstellung Konsolidierte Stellungnahme	Erstellung Konsolidierte Stellungnahme	Erstellung Konsolidierte Stellungnahme	Erstellung Konsolidierte Stellungnahme		Reasortstellungnahme WSP 1.1
Programmmanagement	Mittelfristige Programmplanung	Mittelfristige Programmplanung	Mittelfristige Programmplanung									
	Sofortprogramm: Geregeltes Verfahren	Sofortprogramm: Geregeltes Verfahren										
			Umsetzung Sofortprogramm	Umsetzung Sofortprogramm	Umsetzung Sofortprogramm	Umsetzung Sofortprogramm	Umsetzung Sofortprogramm	Umsetzung Sofortprogramm				
	Entwicklung Kriterien 1. Aufruf	Entwicklung Kriterien 1. Aufruf	Entwicklung Kriterien 1. Aufruf									
			Kommunaler Strukturförderaufruf	Kommunaler Strukturförderaufruf	Kommunaler Strukturförderaufruf	Kommunaler Strukturförderaufruf	Kommunaler Strukturförderaufruf	Kommunaler Strukturförderaufruf				
								Vorbereitung Fachaufrufe	Vorbereitung Fachaufrufe	Vorbereitung Fachaufrufe	Vorbereitung Fachaufrufe	

Hauptaufgaben der Revierknotenvorsitzenden im Jahr 2020

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



- Organisation monatlicher Treffen eines Revierknoten-Kernteam
 - Revierknotenvorsitzende/r
 - Vertreter der zuständigen Landesressorts
 - Vertreter von Zukunftsagentur und Stabsstelle
- Unterstützung bei der Überarbeitung des Wirtschafts- und Strukturprogramms
- Unterstützung bei der Vorbereitung von Wettbewerbsaufrufen
- Organisatorische Verstetigung des Revierknotenthemas
- Betreuung von Leitvorhaben
- Initiierung neuer Projektideen
- Durchführung fachlicher Voruntersuchungen
- Durchführung einer großen Fachveranstaltung
- Kommunikation, Dialog und Netzwerke

Stilllegungszeitpunkte Braunkohleanlagen und Ende Braunkohleabbau im Rheinischen Revier

Anlage 2 Referentenentwurf Kohleausstiegsgesetz 29.01.2020 – (Version Landkreistag 03.02.)

Neurath		
Block B	300 MW	31.12.2021
Block A	300 MW	01.04.2022
Block D	600 MW	31.12.2022
Block E	600 MW	31.12.2022
Block F (BoA 2)	1000 MW	31.12.2038
Block G (BoA 3)	1000 MW	31.12.2038

Weisweiler		
Block E	300 MW	31.12.2020
Block F	300 MW	01.01.2025
Block G	600 MW	01.04.2028
Block H	600 MW	01.04.2029

Niederaußem		
Block C	300 MW	31.12.2021
Block D	300 MW	31.12.2021
Block G	600 MW	31.12.2029
Block H	600 MW (Sicherheitsbereitschaft)	31.12.2029 (bis 31.12.2033)
Block K (BoA 1)	1000 MW	31.12.2038

Rheinische Post, Freitag 17.01.2020, A 3

Garzweiler	2038
Inden	2029
Hambach	2022

Stilllegungszeitpunkte der Braunkohleanlagen

2020 - 2029

Blockname	Revier	Bundes- netzagen- turnummer	MW _{el} (netto)	Vorläufiges Stillle- gungsdatum (Sicherheitsbereit- schaft)	Endgültiges Stilllegungs- datum
Weisweiler E	Rheinland	BNA1025	321	-	31.12.2020
Niederaußem C	Rheinland	BNA0712	295	-	31.12.2021
Niederaußem D	Rheinland	BNA0705	297	-	31.12.2021
Neurath B	Rheinland	BNA0697	294	-	31.12.2021
Neurath A	Rheinland	BNA0696	294	-	01.04.2022
IKW Frechen/ Wartenberg	Rheinland	BNA0292	120	-	31.12.2022
Neurath D	Rheinland	BNA0669	607	-	31.12.2022
Neurath E	Rheinland	BNA0700	604	-	31.12.2022
Weisweiler F	Rheinland	BNA1026	321	-	01.01.2025
Jänschwalde A	Lausitz	BNA0785	465	31.12.2025	31.12.2028
Jänschwalde B	Lausitz	BNA0786	465	31.12.2027	31.12.2028
Weisweiler G	Rheinland	BNA1027	663	-	01.04.2028
Jänschwalde C	Lausitz	BNA0787	465	-	31.12.2028
Jänschwalde D	Lausitz	BNA0788	465	-	31.12.2028
Weisweiler H	Rheinland	BNA1028	656	-	01.04.2029
Boxberg N	Lausitz	BNA0122	465	-	31.12.2029
Boxberg P	Lausitz	BNA0123	465	-	31.12.2029
Niederaußem G	Rheinland	BNA0708	628	-	31.12.2029

2033 - 2038

Blockname	Revier	Bundes- netzagen- turnummer	MW _{el} (netto)	Vorläufiges Stillle- gungsdatum (Sicherheitsbereit- schaft)	Endgültiges Stilllegungs- datum
Niederaußem H	Rheinland	BNA0707	648	31.12.2029	31.12.2033
Schkopau A	Mitteldeutschland	BNA0878	450	-	31.12.2034
Schkopau B	Mitteldeutschland	BNA0879	450	-	31.12.2034
Lippendorf R	Mitteldeutschland	BNA0115	875	-	31.12.2035
Lippendorf S	Mitteldeutschland	BNA0116	875	-	31.12.2035
Niederaußem K	Rheinland	BNA0709	944	-	31.12.2038
Neurath F (BoA 2)	Rheinland	BNA1401a	1060	-	31.12.2038
Neurath G (BoA 3)	Rheinland	BNA1401b	1060	-	31.12.2038
Schwarze Pumpe A	Lausitz	BNA0914	750	-	31.12.2038
Schwarze Pumpe B	Lausitz	BNA0915	750	-	31.12.2038
Boxberg R	Lausitz	BNA1404	640	-	31.12.2038
Boxberg Q	Lausitz	BNA0124	857	-	31.12.2038

Quelle: Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur
Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz)

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 50/3798/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Sachverhalt:

Der Jobcenter Report ist unter www.jobcenter-rhein-kreis-neuss.de unter der Überschrift „Presse“ in der Rubrik „Daten, Zahlen, Fakten“ abrufbar. Der direkte Link lautet: http://www.jobcenter-rhein-kreis-neuss.de/site/zahlen_daten_fakten/In.

Die Entwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU) im Jahr 2019 und im Januar 2020 ist in den beigefügten Übersichten dargestellt. Die Auswertung der Bedarfsgemeinschaften (BG), der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft (FlüKdU) sowie der Flüchtlings-Bedarfsgemeinschaften (FlüBG) wurde bis einschließlich Oktober 2019 fortgeschrieben.

Durch das am 13. Dezember 2019 in Kraft getretene Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 wurde unter anderem die vollständige Erstattung der FlüKdU für beide Jahre geregelt. Dies hat zur Folge, dass die Beteiligung des Bundes gemäß § 46 Abs. 7 SGB II (sog. „Entlastungsmilliarde“) erneut in dem Umfang gesenkt werden soll, dass die Schwelle zur Bundesauftragsverwaltung von 49 Prozent nicht überschritten wird. Ein Ausgleich des Kürzungsbetrages bei der Bundesbeteiligung soll - wie zuletzt für das Jahr 2019 - durch die Erhöhung der gemeindlichen Umsatzsteueranteile erfolgen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Beteiligungsquote gemäß § 46 Abs. 7 SGB II mit Änderung des SGB II vom 14. Dezember 2019 für das Jahr 2020 von 3,3 % auf 2,7 % gesenkt.

Für den Rhein-Kreis Neuss bedeutet dies für das Haushaltsjahr 2020 einen Minderertrag in Höhe von rund 0,4 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz. Bei der Haushaltsplanung 2020 wurde bereits die von 10,2 % auf 3,3 % gesenkte Bundesbeteiligung berücksichtigt, welche Anfang 2019 gesetzlich angepasst worden ist.

Bei der Fortschreibung des Doppelhaushaltes 2019/2020 wird neben dieser gesetzlichen Anpassung auch der Entwicklung der Kosten der Unterkunft im Jahr 2019 sowie der aktuell rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen werden. Die abschließenden Abstimmungen diesbezüglich stehen noch aus.

Hinweis zu den Abrechnungszeiträumen:

Dem hier vorgelegten Bericht liegen die Meldedaten an den Bund zugrunde.

Berichtet wird jeweils vom Ersten eines Monats bis zum letzten Tag des Monats. Im Januar allerdings erscheinen fast „doppelte“ KdU: Die Mieten für Januar werden zwar Ende Dezember ausbezahlt, allerdings nur, damit sie pünktlich zum Fälligkeitstermin zum 01. Januar auf den Konten der Leistungsberechtigten sind. Gemäß § 46 Abs. 11 Satz 2 SGB II sind diese Mieten aber in der Abrechnung dem Jahr der „Fälligkeit“ zuzuordnen und werden daher jeweils dem Januar zugerechnet.

Zur Januarabrechnung gehören aber auch die Mietzahlungen für Februar, die Ende Januar ausbezahlt werden. Der Ausgleich erfolgt dann im Dezember. Ende November werden die Mieten für den Dezember ausbezahlt, so dass im Dezember selbst nur geringe KdU ausgewiesen werden.

Anlagen:

SGB II Entwicklung der KdU und BG 2018_September 2019

SGB II Entwicklung der KdU und BG 2019_Stand Februar 2020

SGB II Entwicklung der KdU und BG 2020

SGB II Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften 2018

Bezeichnung	Ansatz 2018
1. Kosten der Unterkunft - ohne FlükdU	75.503.000 €
2. sonstige KdU	477.000 €
3. einmalige Leistungen	1.373.000 €
Aufwendungen gesamt	77.353.000 €
Bundesbeteiligung (26,4 %) ¹⁾	- 19.932.792 €
Wohngelderstattung Land	- 8.700.000 €
Entlastungsmilliarde (7,9 %)	- 5.964.737 €
Nettoaufwand	42.755.471 €

Hinweise:

- ¹⁾ Die Bundeserstattung bezieht sich nur auf 1. Kosten der Unterkunft, nicht auf 2. sonstige KdU und 3. einmalige Leistungen.
²⁾ Flüchtlingsbedingte Kosten der Unterkunft (FlükdU) werden ab 2017 vollständig durch den Bund erstattet. Die Auszahlung erfolgte bisher vorläufig auf Grundlage der BBFestV 2018 - Beteiligungsquote NRW (6,7 %). Die BBFestV 2019 mit endgültiger Quote für 2018 und vorläufiger Quote für 2019 ist am 05.07.2019 in Kraft getreten. Die Nachzahlung für das Jahr 2018 durch das MAGS NRW unter Berücksichtigung der neuen Quote (NRW: 8,9 %) und des kommunalspezifischen Anteils ist Mitte September 2019 erfolgt.
³⁾ Bedarfsgemeinschaft (BG) mit mindestens einem Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) im Kontext mit Fluchtmigration mit erstmaligem Regelleistungsbezug ab Oktober 2015. Eine Datenerhebung erfolgt erstmalig ab August 2016.
⁴⁾ zzgl. Darlehenszahlungen Wohnungsnotfälle Stadt Neuss
⁵⁾ Abrechnungszeiträume siehe Vorlage

Zeitraum	Aufwendungen						Erstattungen				Aufwand nach Spalte 1 abzgl. Spalten 4, 7, 8	Anteil Spalte 1 vom Ansatz	BG gesamt	Bedarfsgemeinschaften												
	Aufwendungen insgesamt	Differenz Vorjahr		von Spalte 1		Differenz Vormonat		Bundesbeteiligung ¹⁾ 26,4%	Entlastungs-milliarde 7,9%	FlükdU ²⁾				davon Flüchtlinge ³⁾												
		absolut	in %	FlükdU ³⁾	absolut	in %	8,9%			27,6%				FlüBG	Anteil an BG	ohne KdU Zahlung	Anteil an FlüBG	Differenz Vormonat		Differenz Vorjahr						
																		absolut	in %	absolut	in %					
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15	Spalte 16	Spalte 17	Spalte 18	Spalte 19	Spalte 20	Spalte 21	Spalte 22	Spalte 23	Spalte 23			
Januar	12.365.206 €	158.319 €	1,3%	679.294 €	40.149 €	11,5%	3.221.625 €	964.047 €	717.387 €	187.485 €	7.500.240 €	16,0%	15.844	20	0,1%	14.336	1.508	9,5%	60	4,0%	59	4,1%	570	60,8%		
Februar	6.566.112 €	10.054 €	0,2%	702.576 €	23.282 €	6,2%	1.701.968 €	509.301 €	539.150 €	193.911 €	3.652.268 €	8,5%	15.800	-94	-0,6%	14.278	1.522	9,6%	48	3,2%	14	1,1%	497	48,5%		
März	6.732.689 €	-15.271 €	-0,2%	721.387 €	18.811 €	4,6%	1.736.593 €	519.662 €	546.051 €	199.103 €	3.755.047 €	8,7%	15.828	-138	-0,9%	14.272	1.556	9,8%	52	3,3%	34	2,2%	449	40,6%		
April ⁴⁾	6.609.766 €	637 €	0,0%	725.416 €	4.029 €	0,9%	1.706.822 €	510.754 €	540.388 €	200.215 €	3.666.773 €	8,5%	15.755	-262	-1,6%	14.213	1.542	9,8%	33	2,1%	-14	-0,9%	343	28,6%		
Mai	6.584.443 €	-41.939 €	-0,6%	738.123 €	12.707 €	2,5%	1.714.405 €	513.023 €	537.770 €	203.722 €	3.618.893 €	8,5%	15.643	-461	-2,9%	14.088	1.555	9,9%	34	2,2%	13	0,8%	252	19,3%		
Juni	6.372.281 €	-416.617 €	-6,5%	749.963 €	11.840 €	2,2%	1.651.730 €	494.268 €	533.297 €	206.990 €	3.476.320 €	8,2%	15.575	-577	-3,6%	14.017	1.558	10,0%	35	2,2%	3	0,2%	169	12,2%		
Juli	6.471.206 €	-330.554 €	-5,1%	766.217 €	16.254 €	2,9%	1.681.192 €	503.084 €	535.935 €	211.476 €	3.520.713 €	8,4%	15.538	-584	-3,6%	13.944	1.594	10,3%	33	2,1%	36	2,3%	168	11,8%		
August	6.427.726 €	-318.443 €	-5,0%	776.066 €	9.850 €	1,7%	1.665.905 €	498.509 €	532.439 €	214.194 €	3.487.245 €	8,3%	15.485	-575	-3,6%	13.893	1.592	10,3%	29	1,8%	-2	-0,1%	144	9,9%		
September	6.267.020 €	-392.114 €	-6,3%	773.697 €	-2.369 €	-0,4%	1.626.942 €	486.850 €	523.839 €	213.540 €	3.379.532 €	8,1%	15.300	-659	-4,1%	13.716	1.584	10,4%	30	1,9%	-8	-0,5%	127	8,7%		
Oktober ⁴⁾	6.601.378 €	-7.857 €	-0,1%	779.789 €	6.092 €	1,0%	1.698.664 €	508.312 €	532.316 €	215.222 €	3.614.612 €	8,5%	15.232	-693	-4,4%	13.672	1.560	10,2%	29	1,9%	-24	-1,5%	99	6,8%		
November	6.398.986 €	-239.441 €	-3,7%	780.877 €	1.089 €	0,2%	1.658.944 €	496.426 €	528.385 €	215.522 €	3.462.738 €	8,3%	15.168	-703	-4,4%	13.616	1.552	10,2%	29	1,9%	-8	-0,5%	79	5,4%		
Dezember ⁴⁾⁵⁾	829.560 €	35.923 €	4,3%	778.030 €	-2.847 €	-0,4%	172.871 €	51.730 €	354.676 €	214.736 €	-173.071 €	1,1%	15.042	-791	-5,0%	13.502	1.540	10,2%	23	1,5%	-12	-0,8%	91	6,3%		
Summe	78.226.372 €	-1.557.301 €	-1,8%	8.971.436 €	11.574 €	2,7%	20.237.660 €	6.055.966 €	6.421.633 €	2.476.116 €	42.961.310 €	101,1%	15.518	-460	-2,9%	13.962	1.555	10,0%	36	2,3%	8	0,5%	249	21,6%		
Jahresmittelwerte						Jahresmittelwerte																				

Wohngelderstattung Land	8.759.827 €
Nettoaufwand	34.201.483 €

Quellen:
 BG: www.statistik.arbeitsagentur.de > "Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)" (Berichtsmonat: Dezember 2018, Datenstand: April 2019)
 Aufwand KdU: Meldung durch die Bundesagentur für Arbeit über den Web-Server (Finasload)

= revidierte Werte aufgrund Datenkorrektur in der BA-Statistik Ende Juni 2018

SGB II Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften 2019

Bezeichnung	Ansatz 2019
1. Kosten der Unterkunft - ohne FlÜkDU	69.100.000 €
2. sonstige KdU	330.000 €
3. einmalige Leistungen	1.200.000 €
Aufwendungen gesamt	70.630.000 €
Bundesbeteiligung (27,6 %) ¹⁾	- 19.071.600 €
Wohngelderstattung Land	- 8.300.000 €
Entlastungsmilliarde (3,3 %) ¹⁾	- 2.280.300 €
Nettoaufwand	40.978.100 €

Hinweise:

- ¹⁾ Die Bundeserstattungen beziehen sich nur auf 1. Kosten der Unterkunft, nicht auf 2. sonstige KdU und 3. einmalige Leistungen.
²⁾ Flüchtlingsbedingte Kosten der Unterkunft (FlÜkDU) werden ab 2017 vollständig durch den Bund erstattet. Die BBFestV 2019 mit endgültiger Quote für 2018 und vorläufiger Quote für 2019 ist am 05.07.2019 in Kraft getreten. Die vorläufige Beteiligungsquote NRW für 2019 liegt bei 8,9 % an lfd. KdU (kommunaler Anteil RKN vorläufig: 1,79263461159819%).
³⁾ Bedarfsgemeinschaft (BG) mit mindestens einem Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) im Kontext mit Fluchtmigration mit erstmaligem Regelleistungsbezug ab Oktober 2015. Eine Datenerhebung erfolgt erstmalig ab August 2016.
⁴⁾ zzgl. Darlehenszahlungen für Wohnungsnotfälle an die Stadt Neuss
⁵⁾ abzgl. erstatteter Darlehensrückzahlungen für Wohnungsnotfälle durch die Stadt Neuss
⁶⁾ Abrechnungszeiträume siehe Vorlage

Zeitraum	Aufwendungen						Erstattungen				Bedarfsgemeinschaften													
	Aufwendungen insgesamt	Differenz Vorjahr		von Spalte 1	Differenz Vormonat		Bundesbeteiligung ¹⁾	Entlastungs-milliarde	FlÜkDU vorläufig ²⁾		Aufwand nach Spalte 1 abzgl. Spalten 4, 7, 8	Anteil Spalte 1 abzgl. Spalte 4 vom Ansatz	BG gesamt	Differenz Vorjahr		BG ohne FlÜBG	davon Flüchtlinge ³⁾							
		absolut	in %	FlÜkDU ³⁾	absolut	in %			absolut	in %				absolut	in %		FlÜBG	Anteil an BG	ohne KdU Zahlung	Anteil an FlÜBG	Differenz Vormonat		Differenz Vorjahr	
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15	Spalte 16	Spalte 17	Spalte 18	Spalte 19	Spalte 20	Spalte 21	Spalte 22	Spalte 23	Spalte 23
Januar ⁴⁾	12.044.359 €	-320.847 €	-2,7%	773.005 €	-5.025 €	-0,6%	3.273.894 €	391.444 €	700.321 €	213.350 €	7.606.015 €	16,0%	15.120	-724	-4,6%	13.581	1.539	10,2%	48	3,1%	-1	-0,1%	31	2,1%
Februar	6.400.978 €	-165.134 €	-2,6%	806.973 €	33.968 €	4,4%	1.752.198 €	209.502 €	529.800 €	222.725 €	3.632.305 €	7,9%	15.158	-642	-4,1%	13.589	1.569	10,4%	34	2,2%	30	1,9%	47	3,1%
März	6.387.002 €	-345.687 €	-5,4%	795.567 €	-11.406 €	-1,4%	1.725.329 €	206.289 €	530.103 €	219.576 €	3.659.816 €	7,9%	15.152	-676	-4,3%	13.570	1.582	10,4%	37	2,3%	13	0,8%	26	1,7%
April	6.338.885 €	-270.881 €	-4,3%	803.862 €	8.295 €	1,0%	1.723.715 €	206.096 €	533.226 €	221.866 €	3.605.211 €	7,8%	15.082	-673	-4,3%	13.492	1.590	10,5%	37	2,3%	8	0,5%	48	3,1%
Mai ⁵⁾	6.310.984 €	-273.459 €	-4,3%	819.459 €	15.597 €	1,9%	1.738.410 €	207.853 €	532.712 €	226.171 €	3.545.262 €	7,8%	15.016	-627	-4,0%	13.421	1.595	10,6%	27	1,7%	5	0,3%	40	2,6%
Juni	6.182.698 €	-189.583 €	-3,1%	813.069 €	-6.390 €	-0,8%	1.679.079 €	200.759 €	520.906 €	224.407 €	3.489.790 €	7,6%	14.841	-734	-4,7%	13.259	1.582	10,7%	23	1,5%	-13	-0,8%	24	1,5%
Juli	6.270.495 €	-200.711 €	-3,2%	808.836 €	-4.233 €	-0,5%	1.699.576 €	203.210 €	532.271 €	223.239 €	3.558.872 €	7,7%	14.802	-736	-4,7%	13.230	1.572	10,6%	27	1,7%	-10	-0,6%	-22	-1,4%
August	6.171.061 €	-256.665 €	-4,2%	803.363 €	-5.473 €	-0,7%	1.666.859 €	199.298 €	520.474 €	221.728 €	3.501.541 €	7,6%	14.707	-778	-5,0%	13.165	1.542	10,5%	31	2,0%	-30	-1,9%	-50	-3,1%
September	6.080.300 €	-186.721 €	-3,1%	815.744 €	12.381 €	1,5%	1.653.563 €	197.709 €	514.539 €	225.145 €	3.413.283 €	7,5%	14.630	-670	-4,4%	13.079	1.551	10,6%	27	1,7%	9	0,6%	-33	-2,1%
Oktober	6.140.776 €	-460.601 €	-7,5%	815.492 €	-252 €	0,0%	1.664.016 €	198.958 €	518.054 €	225.076 €	3.462.309 €	7,5%	14.571	-661	-4,3%	13.024	1.547	10,6%	34	2,2%	-4	-0,3%	-13	-0,8%
November	6.318.336 €	-80.650 €	-1,3%				1.711.622 €	204.651 €	513.040 €		4.402.063 €	8,9%												
Dezember ⁶⁾	644.357 €	-185.203 €	-28,7%				153.292 €	18.328 €	359.767 €		472.737 €	0,9%												
Summe	75.290.230 €	-2.936.143 €	-5,9%	8.055.371 €	3.746 €	0,5%	20.441.554 €	2.444.099 €	6.305.211 €	2.223.282 €	44.349.205 €	95,2%	14.908	-692	-4,4%	13.341	1.567	10,5%	33	2,1%	1	0,1%	10	0,7%
				Jahresmittelwerte												Jahresmittelwerte								

Quellen:
 BG: www.statistik.arbeitsagentur.de > "Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)" (Berichtsmonat: Oktober 2019, Datenstand: Februar 2020)
 Aufwand KdU: Meldung durch die Bundesagentur für Arbeit über den Web-Server (Finasload)
 FlÜkDU/FlÜBG: Statistische Auswertungen "ELB im Kontext von Fluchtmigration sowie deren BG und Zahlungsansprüche für laufende KdU" der Bundesagentur für Arbeit

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/3803/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion UWG/ Freie
Wählergemeinschaft RKN/ Die Aktive vom 10.02.2020 zum Thema "Verbot
zur Landung für Air China in Düsseldorf"**

Anlagen:

Dringlichkeitsantrag uwg-fw-aktive-airchina

Fraktion UWG-Freie Wähler Rhein-Kreis Neuss / Die Aktive

UWG-Freie Wähler / Die Aktive-Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

Neuss, den 07.02.2020

Dringlichkeitsantrag

Verbot zur Landung für Air China in Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung des kommenden Kreisausschusses am 12.02.2020 zu setzen.

Antrag:

Die Kreisverwaltung nimmt umgehend Kontakt zur Landesregierung auf, um durchzusetzen, dass Air China, solange das Coronavirus aktiv ist, nicht mehr in Düsseldorf landen darf.

Begründung:

Während die Lufthansa und ihre internationalen Töchter nach dem Ausbruch des Coronavirus alle Flüge nach China gestrichen haben, landen in Düsseldorf unverändert zweimal die Woche Jets von Air China aus Peking. Die Passagiere müssen an Board Registrierkarten ausfüllen, ehe sie den Flieger verlassen. Es gab schon mehrere Verdachtsfälle am Flughafen.

Im Rhein-Kreis Neuss hat u.a. ein chinesischer Zulieferer seine Europazentrale. Bei dem Hildener Biotechunternehmen Qiagen soll ein Testverfahren für das Coronavirus in der Entwicklung sein. Es sollte zumindest solange bis dieses Verfahren erfolgreich eingeführt ist bzw. solange das Virus aktiv ist, die Landung für Air China in Düsseldorf untersagt werden.

Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 68/3802/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/Freie Wähler RKN/Die Aktive vom 02.02.2020 zum Thema "Konverteranlage in Meerbusch-Osterath"

Sachverhalt:

Zur Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Der Genehmigungsantrag für den Konverter war nicht vollständig. Er wird derzeit von der Antragstellerin überarbeitet und ergänzt. Das Verfahren wurde dazu ausgesetzt.

Das Genehmigungsverfahren wird weitergeführt, sobald ein vollständiger Antrag vorliegt. Die aufgeworfenen Fragen werden dann im Genehmigungsverfahren geprüft und beantwortet.

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/3789/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Freie Wählergemeinschaft RKN/ Die Aktive vom 03.02.2020 zum Thema "Illegale Autorennen in der Neusser Innenstadt"

Anlagen:

uwg-fw-aktive-anfrage-autorennen-2020-end

Fraktion UWG-Freie Wähler Rhein-Kreis Neuss / Die Aktive

UWG-Freie Wähler / Die Aktive-Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

Neuss, den 03.02.2020

Anfrage: Illegale Autorennen in der Neusser Innenstadt

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung des kommenden Kreisausschusses am 12.02.2020 zu setzen.

Am 11.08.2019 fand zum wiederholten Male ein illegales Autorennen in der Neusser Innenstadt statt. Dieses Rennen ist auch per Video dokumentiert!

„Zwei Autos stehen dicht nebeneinander am Rheinwallgraben in der Neusser Innenstadt. Mit laufenden Motoren und leuchtenden Scheinwerfern. Mittig vor ihnen steht eine Person, die eine Fahne in der Hand hält. Als der Mann sie schwenkt, fahren beide Autos mit quietschenden Reifen los und verschwinden aus dem Bild“ (NGZ, 16.08.19)

Leider hat sich seit diesem Tag in Neuss nichts geändert. Besonders am Wochenende finden die Rennen in der kompletten Innenstadt statt. Daher stellen sich für uns u.a. folgende Fragen:

1. Wie ist der Sachstand im Ermittlungsverfahren vom 11.08.2019?
2. Gibt es weitere Ermittlungsverfahren?
3. Ist der Kreisverwaltung bekannt, dass dort weiterhin illegale Autorennen stattfinden?

Welche Maßnahmen wurden ergriffen? Wie z.B. verstärkte nächtliche Kontrollen an den Wochenenden.

Fraktion UWG-Freie Wähler Rhein-Kreis Neuss / Die Aktive

-2-

4. Gibt es abgestimmte Aktionen mit der Stadtverwaltung Neuss?
5. Welche weiteren Maßnahmen unternimmt die Kreisverwaltung zur Unterbindung der illegalen Autorennen?
6. Hat die Verwaltung darüber Kenntnis, ob das Problem illegale Autorennen auch in anderen Kommunen im Rhein-Kreis Neuss existiert?

Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-



Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/3783/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.02.2020 zum Thema
"Sachstand zur Machbarkeitsstudie zur RB39/S-Bahn"**

Anlagen:

S-Bahn-Ausbau Rheinisches Revier
SPD Anfrage S-Bahn Grevenbroich

Von: Achilles, Bianca <bianca.achilles@nvr.de>

Gesendet: Dienstag, Februar 11, 2020 4:28 PM

An: Temburg, Marcus

Cc: Ralf Dammann - VRR (Dammann@vrr.de); Trösser-Berg, Guido; Reinkober, Dr. Norbert

Betreff: AW: S-Bahn-Ausbau Rheinisches Revier

Sehr geehrter Herr Temburg,

am 31. März 2020 haben der Nahverkehr Rheinland und der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr als Infrastrukturförderer zu einem Auftaktgespräch zum Projekt „S-Bahn Rheinisches Revier“ (optionaler Linienverlauf: Düsseldorf – Grevenbroich – Bedburg – Jülich – Aachen) mit den Landräten des Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erft-Kreis und Kreis Düren eingeladen, um das weitere Vorgehen – insbesondere die Erstellung einer Machbarkeitsstudie – zu besprechen. Der NVR und der VRR befürworten die Erstellung einer Machbarkeitsstudie, da diese u.a. verschiedene Varianten von Linienverläufe untersucht, Baukosten ermittelt, Abhängigkeiten von bisher initiierten Infrastrukturprojekten mit betrachtet (u.a. Erft-S-Bahn, Lückenschluss Linnich-Baal, euregiobahn) wie auch die Wirtschaftlichkeit ermittelt. Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie ist erforderlich, um einen zukünftigen Infrastrukturausbau z.B. durch GVFG-Mitteln finanzieren zu lassen.

Zusammen mit Ihnen würden wir sehr gerne die Machbarkeitsstudie bei der ZRR für eine Finanzierung aus Strukturmitteln einreichen. Wir schätzen, dass die Machbarkeitsstudie um die 800.000 Euro kosten wird. Die Kosten wie auch die Aufgabenstellung für eine Machbarkeitsstudie wollen wir mit Ihnen und den weiteren Landräten am 31. März besprechen.

Mit der Städtereion Aachen, deren Gebiet und Projekte auch in Abhängigkeit mit der Machbarkeitsstudie „S-Bahn Rheinisches Revier“ (Abschnitt Jülich – Aachen) steht, sind wir aufgrund der Projekte Ausbau/ Reaktivierung euregiobahn und RegioTram im ständigen Dialog. Für diese beiden Projekte wie auch dem sogenannten Brain-Train zwischen Aachen und Jülich müssen ebenfalls Machbarkeitsstudien erstellt werden, worüber beim NVR schon ein politischer Beschluss der Zweckverbandsversammlung NVR (NVR 69-2019) vorliegt.

Ferner wollen wir darauf aufmerksam machen, dass für den S-Bahn-Ausbau auf der Erftbahn (RB 38) noch dieses Jahr die Detailplanung (Leistungsphase 3 + 4 nach HAOI) beginnt und hier schon die Planungen weit fortgeschritten sind. Der Bahnhof Bedburg wird so geplant, dass eine zukünftige Durchbindung einer S-Bahn nach Grevenbroich möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. **Bianca Achilles**

Assistentin der Geschäftsführung

Nahverkehr Rheinland GmbH

Tel: +49 221 20808-6616

Fax: +49 221 20808-86616

bianca.achilles@nvr.de

Nahverkehr Rheinland GmbH, Glockengasse 37-39, 50667 Köln,

<http://www.nvr.de>

Geschäftsführer: Dr. Norbert Reinkober – Heiko Sedlaczek – Michael Vogel

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung: Stephan Santelmann

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dierk Timm

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de



SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den Landrat
des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke

Kreisverwaltung
41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: [kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de](mailto:kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de)

4. Februar 2020

Sitzung des Kreisausschusses am 12. Februar 2020:

Anfrage: Sachstand zur Machbarkeitsstudie zur RB39/ S-Bahn

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

am **27. März 2019** beschloss der Kreistag die **Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Umwandlung der RB39** zu einer durchgehenden S-Bahnlinie auf der Strecke **Düsseldorf-Neuss-Grevenbroich-Bedburg-Köln** mit dem Zusatz einer S-Bahn-Strecke über **Bedburg-Jülich-Aachen**.

Am **26. Juni 2019** stellten wir als SPD-Kreistagsfraktion eine **Anfrage zum Sachstand der oben genannten Machbarkeitsstudie**. In der Antwort dokumentiert die Kreisverwaltung, dass mit zahlreichen Stellen, wie dem Landrat des Kreises Düren, den Vertreter/-innen der Deutschen Bahn, dem *Zweckverband Nahverkehr Rheinland* und verschiedenen Verkehrsverbänden, sowie der *Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR)*, Kontakt aufgenommen wurde. Von den Stellen, von denen seinerzeit eine Antwort vorlag, wurde Unterstützung für das Vorhaben signalisiert.

Zudem heißt es, dass "das Projekt in die Arbeit des **Revierknotens 'Infrastruktur und Mobilität'** einfließen" soll, deren **Vorsitzender der Kreisdirektor des Rhein-Kreises Neuss, Dirk Brügge**, ist.

Zwischenzeitlich sind auch weitere Akteure aktiv geworden. In einem gemeinsamen Konzept "**Projekt: S-Bahn-Netz Rheinisches Revier**" wird das Vorhaben zur Umwandlung oben genannter Regionalbahn in eine S-Bahn von den **Städten Düsseldorf, Neuss, Grevenbroich und Bedburg** unterstützt. Grevenbroichs Bürgermeister Klaus Krützen warb erst kürzlich in einem **offenen Brief beim Ministerpräsidenten Armin Laschet** und der NRW-Landesregierung für das Projekt.

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE8730550000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

Im Zuge des Strukturwandels ist die Umwandlung und der Ausbau der RB39 zu einer S-Bahn richtig und wichtig. **Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:**

- Welche weiteren Aktivitäten hat die Kreisverwaltung seit ihrem letzten Bericht Mitte 2019 unternommen, um die vom Kreistag beschlossene Machbarkeitsstudie auf den Weg zu bringen?
- Welche Akteure, wie Verkehrs- und Zweckverbände, Landes- oder Bundesministerien, kommunale Stellen und Amtsträger, wurden kontaktiert und welche Rückmeldung erfolgte auf die geplante Machbarkeitsstudie und das damit forcierte Projekt?
- Inwiefern war die Machbarkeitsstudie zur S-Bahn Thema in der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) bzw. im Revierknoten 'Infrastruktur und Mobilität'?

In einer kürzlich erschienenen Mitteilung der NRW-Staatskanzlei unter der Überschrift "**Für ein besseres Angebot im ÖPNV: Verkehrsministerium und Deutsche Bahn vereinbaren Projektliste für Nordrhein-Westfalen**" wurden "21 konkrete Nahverkehrsmaßnahmen mit einem Volumen von rund 500 Millionen Euro" vereinbart, "die bis 2029 aus Mitteln der zwischen Bund und DB vereinbarten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) finanziert werden sollen." Wie schon Mitte 2019, als Deutsche Bahn und Landesregierung gemeinsam vereinbarten, die "**bessere Bahnanbindung des Rheinischen Reviers**" zu beschleunigen, tauchte dabei das Vorhaben RB39/ S-Bahn **wieder nicht auf**.

Dazu bitten wir ergänzend um die Beantwortung der folgenden Frage:

- Inwiefern wurde die Machbarkeitsstudie und der von zahlreichen Kommunen unterstützte Ausbau der RB39 zu einer S-Bahn gegenüber dem NRW-Verkehrsministerium kommuniziert und für das Projekt geworben?

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel
- Vorsitzender -



Horst Fischer
- Stellv. Landrat -

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss
IBAN: DE8730550000059111054
BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/3792/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema
"Waffenbesitz"**

Anlagen:

Linke Anfrage Waffenbesitz 2020

DIE LINKE.Kreistragsgruppe RKN, Fesserstr. 21, 41462 Neuss

Landrat des Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2
41515 Grevenbroich

Oliver Schulz
Gruppenvorsitzender

DIE LINKE.Kreistagsgruppe RKN
Fesserstr. 21,
41462 Neuss
Tel.: 0177 2192479
Mail: oliver-schulz@gmx.net

Anfrage zum Waffenbesitz im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

wir bitten um Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 12.02.2020.

In den letzten Jahren gab es mehrere Vorfälle mit Todesfällen, die mit „legalen“ Schusswaffen durchgeführt wurden. 1,4 Millionen Bundesbürger besitzen legal 5,5 Millionen private Pistolen und Gewehre, unter ihnen Jäger, Sportschützen, Sammler und Sicherheitsunternehmer. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kommen jedes Jahr 70 Menschen durch Schusswaffen ums Leben; dazu kommen etwa 750 Selbstmorde. Ob die Taten mit einer legalen oder illegalen Waffe verübt wurden, wird nicht erfasst. Etwa 150 Menschen wurden seit 1991 mit Schusswaffen von Sportschützen getötet.

Die Verwaltung wird deshalb gebeten folgende Anfragen zu beantworten:

1. Wie viele Waffenbesitzkarten gibt es im Rhein-Kreis Neuss?
2. Wie viele kleine Waffenscheine sind im Rhein-Kreis Neuss ausgestellt?
3. Wie viele Waffenscheine sind im Rhein-Kreis Neuss ausgestellt?
4. Wie viele zugezogene Neubürger*innen seit dem Jahr 2012 haben Schusswaffen im Privatbesitz? (bitte nach Jahren auflisten)
5. Wie viele Waffen befinden sich in privaten Haushalten im Kreis?
6. Wie viele Schusswaffen befinden sich bei Bürger*innen, die beruflich begründet sind?
7. Wie viele Waffen mit Großkalibermunition sind in Privathaushalten?
8. Wie viele Waffen davon befinden sich im Besitz von Berufsjägern und wie viele Waffen im Besitz von „Freizeitjägern“?
9. Wie viele Bürger*innen haben mehr als zwei Schusswaffen in ihrem Besitz?
10. Wie viele Waffen können Sportschützen zugeordnet werden?

11. Wie viele Waffen wurden in den letzten fünf Jahren den Behörden übergeben?
12. Wie viele Mitarbeiter*innen stehen zur Verfügung um notwendige Kontrollen durchzuführen?
13. Welche Überprüfungen werden vorgenommen und welche Ergebnisse wurden erzielt?
14. Wie viele Kontrollen wurden in den letzten fünf Jahren durchgeführt?

Mit freundlichen Grüßen


Oliver Schulz

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/3791/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	12.02.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der Kreistagsgruppe Die Linke vom 05.02.2020 zum Thema
"Internetversorgung am BTI Neuss"**

Sachverhalt:

Zu den Fragen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Wie viele Unterrichtsräume sind mit Internet ausgestattet?

Alle Unterrichtsräume haben Zugriff auf das Internet.

2. Sind bereits Kurse durch die schlechte Internetversorgung ausgefallen?

Nach Kenntnisstand der Verwaltung ist dies nicht der Fall. Allerdings gab es Probleme im sogenannten „CISCO“-Labor, die zu Beeinträchtigungen geführt haben. Ursächlich sind jedoch nicht die Internet-Anbindung, sondern Konfigurationsprobleme der PCs im betreffenden Raum. Mit Mail vom 8. Februar wurde die Verwaltung informiert, dass die Probleme im „Cisco“-Labor derzeit Prüfungen und Unterricht nicht zulassen. Mitarbeiter von ZS4 sind bereits mit der Fehlerbeseitigung beschäftigt.

3. Bis wann wird die Internetversorgung in den Klassen verbessert sein?

Wie im Schulausschuss am 4. Februar dargestellt, werden im BBZ Hammfelddamm derzeit umfangreich Arbeiten an der Gebäudeverkabelung vorgenommen bzw. die Netzwerkinfrastruktur grundlegend modernisiert. Sobald die Baumaßnahmen abgeschlossen sind und die Einrichtung der neuen Netzkomponenten (Switches, WLAN-Access Points usw.) erfolgt ist, wird sich die Übertragungsgeschwindigkeit deutlich erhöhen. Nach dem aktuellen Fortschritt der Baumaßnahmen kann in den Sommerferien mit der Inbetriebnahme der neuen Netzwerkstruktur gerechnet werden.

Im BBZ Hammfelddamm werden bisher folgende Investitionen getätigt:

- 198.318,14 € Planungs- und Bauleistungen für die Netzwerk-Infrastruktur.
- 562.333,00 € IT-Komponenten für die neue Netzwerk-Infrastruktur.

Insgesamt sind im BBZ Hammfelddamm Investitionen in Höhe von **1.525.582,66 €** aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ vorgesehen. Dazu gehören auch Investitionen zur Ausstattung der Klassenräume mit neuer Medientechnik.

4. Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich bislang ergriffen?

Für alle zwölf Kreisschulen liegt ein Ausbaukonzept vor. Die Verwaltung berichtet zum Stand der Arbeiten regelmäßig in den Gremien, zuletzt im Schulausschuss am 4. Februar 2020.

Die Maßnahmen im BBZ Hammfelddamm erstrecken sich auf die zur Frage 3 beschriebenen Arbeiten und werden ergänzt durch eine neue Breitbandanbindung. Um den Schulen ein leistungstarkes Internet zur Verfügung stellen zu können, sind die Schulen im Kreisgebiet dem Breitbandförderprojekt hinzugefügt worden.

Die Telekom wurde vom Fördergeber mit der Durchführung beauftragt und befindet sich derzeit in der Umsetzung des Breitbandausbaus. Das BBZ Hammfelddamm wird nach der Planung der Telekom bis Ende Juli 2020 über einen Glasfaseranschluss verfügen.

Anlagen:

Linke Anfrage BTI Neuss 2020

DIE LINKE.Kreistragsgruppe RKN, Fesserstr. 21, 41462 Neuss

Landrat des Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2
41515 Grevenbroich

Oliver Schulz
Gruppenvorsitzender

DIE LINKE.Kreistagsgruppe RKN
Fesserstr. 21,
41462 Neuss
Tel.: 0177 2192479
Mail: oliver-schulz@gmx.net

Anfrage zur Internetversorgung am BTI Neuss

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

wir bitten um Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 12.02.2020.

Im Berufskolleg für Technik und Informatik in Neuss gibt es Schwierigkeiten mit der Internetleitung bzw. mit der Internetversorgung.

Die Verwaltung wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Unterrichtsräume sind mit Internet ausgestattet?
2. Sind bereits Kurse durch die schlechte Internetversorgung ausgefallen?
3. Bis wann wird die Internetversorgung in den Klassen verbessert sein?
4. Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich bislang ergriffen?

Mit freundlichen Grüßen


Oliver Schulz